



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Gerhard Langemeyer
über StA 01

im Hause

04.07.02

Sitzung des Rates am 11.07.02; TOP LEG-Verkauf

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten Sie, zum oben genannten Tagesordnungspunkt folgende Resolution zur Beschlussfassung vorzusehen und der Landesregierung zuzuleiten:

„Der Rat der Stadt Dortmund sieht die Landesentwicklungsgesellschaft als wesentliches wohnungspolitisches Instrument des Landes an.

Der Rat sieht es als Auftrag der LEG an , durch Strukturpolitik und Investitionen für gleiche Lebensverhältnisse in NRW zu sorgen und ein zeitgemäßes Wohnen zu bezahlbaren Mieten für breite Schichten der Bevölkerung zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund kann es nicht im Sinne der Ruhrgebietskommunen sein, dass durch den Verkauf der Landesbeteiligung die Landesfinanzen konsolidiert werden und damit die dringend erforderliche öffentlich-rechtliche Kontrolle der LEG nicht mehr gewährleistet ist.

Angesichts der Tatsache, dass immer mehr Wohnungsunternehmen Wohnungsbestände verkaufen und dabei in der Regel die lukrativeren, attraktiveren Bestände als erstes aufgeben, ist es umso notwendiger, bezahlbare und sichere Wohnungen anbieten zu können und damit regulierend in den Wohnungsmarkt eingreifen zu können. Immerhin geht es um 110.000 Wohnungen im Eigenbestand und bei Beteiligungsunternehmen, 800 Gewerbeimmobilien sowie ein Investitionsvolumen von jährlich über 250 Millionen Euro und nicht zuletzt 1200 feste Arbeitsplätze. Bei 85% der Wohnungen handelt es sich um belegungs- und preisgebundene Wohnungen, um Mietermitbestimmung.

Vor dem Hintergrund einer Vielzahl von strukturell notwendigen und von der LEG in der Vergangenheit geleisteten Aufgaben, fordert der Rat die Landesregierung auf, die Landesbeteiligung an der Landesentwicklungsgesellschaft mbH zu erhalten..



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Der Rat unterstützt das Aktionsbündnis „Zukunft der LEG“ und seine Forderungen nach Erhalt der LEG, einer Verhinderung weiterer Wohnungsverkäufe, einer Ausweitung der Mietermitbestimmung und einer Aufrechterhaltung des Modernisierungsstandards sowie der Instandsetzungsarbeiten.

Der Rat wird sich gegenüber der Landesregierung dafür einsetzen, dass die Interessen der MieterInnen auch künftig sichergestellt sein werden.“

Mit freundlichen Grüßen
Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gez. Daniela Schneckenburger

F. d. R.

Petra Kesper